



# 100 Tage Bundesregierung - eine Analyse der deutschen Europapolitik

Erstellt von: Generalsekretär

**Heute vor 100 Tagen hat die Ampel-Regierung ihre Arbeit aufgenommen.** Vor drei Wochen erklärte Russland der Ukraine den Krieg. Dieser Krieg, der gegen ein friedliches und souveränes Land mitten in Europa geführt wird, ist nicht nur für die neue Bundesregierung eine Beweisprobe, sondern generell für die EU und ihre Mitgliedstaaten. Diese müssen nun zeigen, dass sie die europäischen Werte schlagkräftig verteidigen können. Das geht allerdings nur, wenn sie außenpolitisch geeint und wirkungsvoll gegen Russland vorgehen und gleichzeitig zusammenstehen, wenn es um Solidarität mit der Ukraine und den ukrainischen Geflüchteten geht.

Denn klar ist: ein starkes Europa braucht es aktuell mehr denn je. Welchen Beitrag hat die neue Bundesregierung seit ihrem Amtsantritt in diesem Zusammenhang geleistet? Im Wissen um die Kürze ihrer Amtsdauer, die zudem von Pandemie und Krieg überschattet ist, möchten wir als Europäische Bewegung Deutschland e.V. (EBD) dennoch eine erste europapolitische Bilanz der Ampel-Regierung ziehen. Dabei konzentrieren wir uns auf die [politischen Prioritäten der EBD](#).

Unsere im Dezember veröffentlichte [Analyse des Koalitionsvertrages](#) zeigte: Der neue Koalitionsvertrag macht Mut! Auch nach 100 Tagen ist die neue Bundesregierung offenbar dazu bereit, mehr Verantwortung für Europa zu wagen. Das begrüßen wir und sehen gleichzeitig weiteren Handlungsbedarf für eine mutige deutsche Europapolitik aus einem Guss.

Beim Streit um **Rechtsstaatlichkeit** in der EU, aber auch bei der Suspendierung Russlands aus dem Europarat zeigte die Bundesregierung bisher klare Kante bei der Verteidigung von Demokratie und Menschenrechten in Europa. Auch mit Blick auf die **außenpolitischen Reaktionen** auf den Krieg in der Ukraine machte die Bundesregierung deutlich, dass sie deutsche Interessen entlang europäischer Interessen definiert und vertritt. Doch die Positionierung von Bundeskanzler Olaf Scholz gegen eine eindeutige EU-Beitrittsperspektive für die Ukraine ist enttäuschend. Die Ukraine braucht nicht nur unmittelbare wirtschaftliche und militärische Hilfen, sondern auch das politische Versprechen einer [europäischen Beitrittsperspektive](#).

Entschlossenes Regierungshandeln nach außen setzt **auch Koordinierung** im Inneren voraus. Eine stärkere Kommunikation innerhalb der Ampel-Parteien mit regelmäßigen Koordinierungstreffen der Staatssekretärinnen und -sekretären der europakoordinierenden Ministerien verdeutlicht, dass man sich um eine engere Abstimmung bemüht. Dass das noch nicht immer klappt, hat zum

Beispiel die unklare Positionierung der Bundesregierung beim Thema EU-Taxonomie gezeigt. So gilt auch hier weiterhin [unsere detaillierte Gebrauchsanweisung](#) zur Europapolitik aus einem Guss.

Umso bestimmter zeigte sich die Bundesregierung in ihrem Einsatz für die **Beitrittsgespräche der Westbalkan-Staaten**. Nicht nur die Besuche der Außenministerin machen deutlich, dass die Bundesregierung den Westbalkan enger an die EU binden möchte, auch die erstmalige Ernennung eines Sonderbeauftragten für den Westbalkan unterstreicht die politische Priorität dieser Region für die neue Bundesregierung. Hier müssen nun schnelle Taten folgen. Die Lage auf dem Westbalkan ist unmittelbar durch das Kriegsgeschehen in der Ukraine gefährdet. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen verlässlich zu ihren Beschlüssen stehen und die Beitrittsprozesse entschlossener vorantreiben, um autoritären Nationalismus einzudämmen.

Auch beim Thema **Migration** bewies die Bundesregierung erste Initiative, um die langjährige Blockade im europäischen Asylsystem zu überwinden. Mit Blick auf die unhaltbare Situation an der polnisch-belarussischen Grenze setzte sich die Bundesinnenministerin Nancy Faeser für eine Koalition von aufnahmewilligen EU-Staaten ein. In der Aufnahme von ukrainischen Geflüchteten leistet die Bundesregierung Unterstützung für schnellen und unbürokratischen Schutz. Allerdings braucht es noch stärkeren Einsatz, um eine grundlegende Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems voran zu bringen, die der EU als Wertgemeinschaft gerecht wird.

Die **Konferenz zur Zukunft Europas** ist eine wichtige Chance, um ein gemeinsames Verständnis über die Zukunft Europas zu schaffen und aktuelle Verhandlungsblockaden zu lösen. Die Konferenz befindet sich aktuell in einer kritischen Phase: Mit Abschluss der nationalen und europäischen Bürgerforen wird sich entscheiden, was mit den Ergebnissen passiert. Die Bundesregierung brachte sich erst spät aktiv in den Konferenzprozess ein - mit einem nationalen Bürgerforum im Januar sowie mit der Veröffentlichung eines Non-papers. Immerhin! Doch es bleibt abzuwarten, ob die Konferenz zu greifbaren Reformen oder als folgenloser Bürgerdialog zu Enttäuschungen führt. Hier muss die Bundesregierung weiterhin Einsatz zeigen und Taten folgen lassen.

Zuletzt wäre es wünschenswert, dass sich die Bundesregierung anstrengt, die **Arbeit des Rates transparenter** zu gestalten. Politik muss nachvollziehbar sein, um Vertrauen zu schaffen. Im Koalitionsvertrag fordert die Ampel explizit, dass Kommissionsvorschläge im Rahmen einer gesetzten Frist öffentlich im Rat debattiert werden. Auch die Konferenz zur Zukunft Europas macht deutlich, dass europäische Bürgerinnen und Bürger mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit bei EU-Gesetzgebungsprozessen möchten. Die deutsche Bundesregierung sollte mit gutem Beispiel vorangehen und klar aufzeigen, wie der größte EU-Mitgliedstaat zu seinen Positionen kommt und wer darauf einwirkt.

Die ersten 100 Tage der Ampelkoalition haben den europapolitischen Mut, den der Koalitionsvertrag geweckt hat, nicht enttäuscht. Es ist auch wenig überraschend, dass nach 100 Tagen Amtszeit noch Handlungsfelder offenbleiben. Die neue Bundesregierung wird jetzt als Vermittlerin und Impulsgeberin benötigt, um Europas Handlungsfähigkeit, Demokratie und strategische Autonomie zu stärken. Die kommenden Monate werden zeigen, ob sie tatsächlich einen konkreten Europaplan hat, der die deutsche Europapolitik strukturell und inhaltlich neu definiert.